

Wochenblatt

Wilsdruff, Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden. Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N: 32.

Dienstag den 23. April

1872.

Tagesgeschichte.

Wilsdruff, am 22. April 1872.

Am 17. dieses Monats Abends gegen 10 Uhr ist die in Weis-tropp gelegene Tännigtmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Das „L. T.“ schreibt: In welcher Weise social-demokratische Blätter, allen thatsächlichen Verhältnissen zum Hohne, die Aufreizung unter den Arbeitern betreiben, davon giebt die Nummer des „Dresdner Volksboten“ vom 17. April wieder einmal einen drastischen Beweis. Es heißt dort unter „Aus Stadt und Land“ wörtlich:

„Unsere Majestät der König Johann von Sachsen u. c. fand sich mit Zustimmung unserer getreuen Stände bewogen, das Finanzgesetz auf die Jahre 1872 und 1873 zu erlassen, wie folgt: Die laufende Einnahme und Ausgabe des ordentlichen Staatshaushaltes für jedes der Jahre 1872 und 1873 ist auf die Summe von 13,752,919 Thlr. festgestellt, zu außerordentlichen Staatszwecken aber für diese beiden Jahre überdies noch ein Gesamtbetrag von 17,830,780 Thlr. hiermit ausgesetzt, macht Summa Summarum 31,583,699 Thlr.; wenig gerechnet, treffe sonach jeden in Sachsen Wohnenden eine Steuer von 15 Thlr. jährlich. Ein Familienvater mit 5 Kindern hätte somit eine Steuer von 75 Thlr. jährlich zu bezahlen; wo bleibt das Ersparniß bei einem jährlichen Einkommen von 300 Thlrn., wenn Miete und Lebensmittel noch davon bestritten werden sollen?“ Die vorstehende Rechnung ist im höchsten Grade wunderbar. Der „Volksbote“ giebt ausdrücklich zu, daß zu außerordentlichen Staatszwecken die Summe von 17 Millionen auf die beiden Jahre 1872 und 1873 ausgesetzt ist, und doch rechnet er flugs die 17 Millionen dem ordentlichen Budget jedes der beiden Jahre zu, so daß sich ihm ein jährlicher Bedarf von 31½ Millionen ergibt. Derartige Leichtfertigkeit ist gewiß unerhört. Auf solchem Wege ist es freilich leicht, dem „armen Volke“ die gräßlichsten Wahngelüste von unerschwinglicher Steuerlast u. dgl. vorzugaukeln. Hätte der „Volksbote“ nur einmal für nöthig befunden, sich mit dem sächsischen Staatshaushalt gebührend zu beschäftigen, so würde er die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Steuerkraft des Landes in jedem der beiden Jahre 1872 und 1873 nur zum Gesamtbetrag von 4,043,400 Thlrn. — 1,677,910, Thlr. Grundsteuer, 1,298,500 Thlr. Gewerbe- und Personalsteuer, 614,080 Thlr. Zölle und Verbrauchssteuern, 400,000 Thlr. Stempelsteuer, 52,910 Thlr. Canalsteuern — in Anspruch genommen ist, während der übrige Theil des ordentlichen Staatsbedarfes sich aus den Erträgen des immobilien Staatsvermögens, wie Forsten, Eisenbahnen, Bergbau u. dgl. deckt. Die auf jedes Jahr fallende Summe von noch nicht 9 Millionen für außerordentliche Staatszwecke dagegen wird den Beständen des mobilen Staatsvermögens entnommen, ist also nicht durch Steuern aufzubringen. Das Endergebniß ist daher: nicht 15 Thlr., sondern nur 1½ Thlr. hat jeder in Sachsen Wohnende im Durchschnitt jährlich an Staatssteuern zu bezahlen.

In Leipzig trafen am 18. April von den in Mex. garnisonirenden sächsischen Artilleristen 6 Mann Arrestanten unter militärischer Escorte ein. Dieselben sind in Folge einer mit preussischen Soldaten in Mex. stattgehabten Schlägerei zur Verferkung in die Strafscompagnie verurtheilt worden und wurden zur Verbüßung ihrer Strafe nach Dresden transportirt.

Pegau, 17. April. Am vorigen Sonnabend wurde hier unter lebhafter Theilnahme der Bevölkerung der erste Spatenstich zur Leipzig-Pegauer Eisenbahn gethan, nachdem bereits im Laufe der Woche sich durch die in Massen herzustömenden Arbeiter in unserer Stadt ein reges Leben entwickelt hatte und die Vorarbeiten mit Herstellung eines Interimsgleises in der Nähe unserer Brauerei ihren Anfang genommen.

Zur 20. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung, welche Ende Mai in Hamburg tagen wird, haben bis jetzt 31 deutsche und österreichische Eisenbahnen Vergünstigungen für die Fahrt der Teilnehmer zugestanden. Dagegen fehlen seltsamer Weise die preussischen Staatsbahnen und fast sämtliche bayrische Bahnen.

Siebenundzwanzig deutsche Turnvereine haben an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher sie folgende zwei Anträge stellen: 1) derselbe wolle dem Herrn Reichskanzler den Wunsch aussprechen, die tüchtige turnerische Durchbildung der Mannschaften im deutschen Heere dadurch anzuerkennen, daß auf gesetzlichem Wege eine abgekürzte Dienstzeit für turnerisch durchgebildete Leute eingeführt, eventuell wenigstens eine zeitigere Beurlaubung derselben zur Regel werde; 2) derselbe wolle den § 11 des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. Nov. 1867 dahin abändern, beziehentlich dessen Abänderung beim Reichskanzler dahin beantragen: daß außer dem vorschristsmäßigen Umfange gewonnener Kenntnisse auch ein vorschristsmäßiges Maß der Fertigkeit in Leibesübungen als Bedingung der einjährigen Dienstzeit mit nachheriger Beurlaubung zur Reserve (sogenanntem Dienst als Einjährig-Freiwilliger) gefordert werde.

Vom Fürsten Bismarck erzählt die „Magdeb. Ztg.“ Folgendes: Als ihm vor einiger Zeit in einer Gesellschaft von einem Vertreter der alten Anschauungen bemerkt wurde, daß die Verfassungszustände in Deutschland sich wohl kaum länger als noch 50 Jahre haltbar erweisen würden, antwortete Bismarck, daß er eigentlich für die Gegenwart zu viel zu thun habe, um sich mit tief sinnigen Speculationen beschäftigen zu können, was nach einem halben Jahrhundert wohl geschehen werde. Wenn er aber über Constitutionen seine Meinung äußern solle, so müsse er sagen, dieselben seien in der heutigen Zeit nicht mehr zu entbehren. Die Volksvertretung und die Presse müßten der Regierung durchaus zur Seite stehen; denn auch der größte absolute Monarch könne heut nicht mehr die verwickelten Verhältnisse des Staatswesens beherrschen. Die Volksvertretung und die Presse hätten vor Allem die Pflicht, die Schäden der Verwaltung aufzudecken. Mit der hohen Politik sollten sie sich weniger beschäftigen; denn in dieser seien die leidenden Fäden meist so verborgen, daß der Uneingeweihte kein genügendes Urtheil gewinnen könne.

Berliner Blätter erzählen: Als kürzlich dem Kaiser Wilhelm das Projekt zum Bau einer neuen Markthalle zur Genehmigung vorgelegt wurde, soll derselbe gesagt haben: „Erst wollen wir daran denken, den Obdachlosen ein Asyl zu verschaffen; Markthallen später.“ — In den nächsten Tagen bereits wird in Berlin auf Veranlassung der Regierung eine Conferenz abgehalten werden, um die Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnoth zu berathen. Als Conferenzzmitglieder sind ausser: Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Fabrikanten, Architekten, Bauunternehmer, Directoren der Berliner Bau-Actien-Gesellschaft und die leitenden Männer der Berliner Arbeiterkreise, damit auch die Arbeiter bei diesen Berathungen vertreten seien.

* Die „N. A. Z.“ berichtet aus Berlin: Der beharrlichen Thätigkeit der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt doch gelungen, den mit 36000 Thlr. flüchtig gewordenen Kassendiener Albrecht auffindig zu machen und mit noch 21,000 Thlr. festzunehmen. Die Verwandten des A. wurden hier unausgesetzt in der Stille beobachtet und dabei bemerkt, daß der Schwager des A. in der Stille nach Hamburg reiste, ebenso wurde ermittelt, daß sich der Sohn des A. nach Posen begeben hatte. Auf Requisition der hiesigen Polizei wurde der Schwager, Schneidermeister Ernest, von der Hamburger Polizei festgenommen. Es wurden bei ihm 4000 Thlr. gefunden. Dasselbe geschah mit dem Sohne des A. in Posen, bei dem man 7000 Thlr. fand. Nun wurde auch in dieser Nacht A. selbst in Hamburg ergriffen, der, wie oben erwähnt, noch 21,000 Thlr. bei sich führte, so daß das Geschäft Löwenherz ziemlich das ganze Geld wieder bekommt.

Der Prediger Müller in Berlin, ein freisinniger Geistlicher und liberaler Abgeordneter sollte ein Brautpaar in der Lukasikirche trauen, an der Pastor Tauscher, Herausgeber der Hengstenberg'schen Kirchenzeitung, angestellt ist. Müller fragt deshalb bei Tauscher an und dieser schlägt die Bitte ab, weil in seiner Lukasikirche Niemand amtiren solle, der durch seine Glaubensstellung Aergerniß erregen müsse. So geschah zu Berlin im Jahre 1872.

Berlin, 19. April. Die heutige „N. A. Z.“ dementirt auf das Bestimmteste die in diesen Tagen coursirenden Gerüchte über